



[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

CDU besteht auf Einführung der Finanzsteuer in Euro-Zone

Samstag, 14. Januar 2012, 15:28 Uhr

Kiel (Reuters) - Trotz des Widerstands der FDP hält die CDU daran fest, eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch nur in der Euro-Zone einzuführen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte am Samstag in Kiel, dass zunächst auf EU-Ebene geprüft werden solle, ob nicht doch eine europaweite Einführung möglich sei. Für den Fall eines Scheiterns fordert die CDU aber in der vom Bundesvorstand Partei auf seiner Klausur verabschiedeten "Kieler Erklärung" die kleinere Lösung. "Wir können uns in einer Sache, die wir wirklich für richtig und notwendig halten, nicht von einem Land abhängig machen", sagte Unions-Fraktionschef Volker Kauder den "Kieler Nachrichten" mit Blick auf den Widerstand Großbritanniens gegen eine europaweit erhobene Börsensteuer. Er sei sicher, dass auch Nicht-Euro-Staaten wie Polen mitmachen würden. Der Handel mit Finanzprodukten müsse entschleunigt werden.

Als Königsweg will die Union nun das "Wohnortprinzip" prüfen, um eine Abwanderung von Finanztransaktionen nach London zu verhindern. Weil dabei nicht der Handelsplatz, sondern der Wohnsitz eines Steuerpflichtigen entscheidend sein soll, gehen EU-Kommission und CDU davon aus, eine Abwanderung von Finanzgeschäften nach London oder New York verhindern zu können.

"Es gibt überhaupt keinen Krach in der Koalition", versuchte Merkel die Differenzen mit der FDP zu relativieren. Dennoch bekräftigen FDP-Politiker wie Fraktionschef Rainer Brüderle und der Bundestagsabgeordnete Martin Lindner ihre ablehnende Position. Auch der CDU-Wirtschaftsexperte Michael Fuchs warnte erneut vor Verlagerungseffekten. Dagegen bezeichnete Kauder die Warnungen als überzogen. Merkel und Kauder zeigten sich zuversichtlich, dass am Ende in der Koalition eine Einigung mit der FDP gelinge. Er werde sich mit FDP-Fraktionschef Brüderle abstimmen. "Wir werden schon zu einer guten Lösung kommen."

FDP ZEIGT HÄRTE - MIT HINTERTÜRCHEN

Brüderle äußerte dagegen die Erwartung, dass Bundeskanzlerin Merkel einer Börsensteuer in Europa ohne Großbritannien am Ende nicht zustimmen wird. Es gebe eine Vereinbarung dazu, sagte Brüderle der "Welt am Sonntag" laut Vorabbericht. Demnach werde einer Finanztransaktionssteuer nur zugestimmt, wenn sie in der gesamten EU und nicht nur in der Euro-Zone eingeführt werde. "Die Kanzlerin wird sich an diese Koalitionsvereinbarung halten", sagte Brüderle.

Brüderles Stellvertreter Lindner sagte Reuters, im Moment liege gar kein schlüssiges Modell für eine Finanztransaktionssteuer unterhalb der EU 27 vor, auf deren Grundlage aus Sicht der FDP Verhandlungen in der Koalition geführt werden könnten. Es gebe daher für die Liberalen keinen Grund, von ihrer Position abzuweichen. Die FDP schließt damit erneut eine Zustimmung nicht vollständig aus, wenn ein Modell gefunden wird, das die befürchteten Nachteile vermeidet. Die Liberalen pochen vor allem darauf, dass eine überproportionale Besteuerung der normalen Sparer ausgeschlossen wird.

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.